

# DRINGLICHE INTERPELLATION

<b>Urheber</b>	Delegation AA, durch Raymond Borgeat, AdG/LA, Flavien Sauthier, UDC, Thomas Birbaum (Suppl.), PLR, und Pierre Gualino, PDCB
<b>Gegenstand</b>	Vernehmlassung zum Entwurf des Rahmenabkommens mit der Europäischen Union: Wie sieht der Standpunkt des Staatsrates aus?
<b>Datum</b>	11.03.2019
<b>Nummer</b>	6.0102

---

## **Aktualität des Ereignisses**

Politische, wirtschaftliche, gewerkschaftliche Organisationen und andere Kantonsregierungen nehmen derzeit Stellung zu diesem Abkommen. Das Thema findet breite Resonanz in den Schweizer Medien.

## **Unvorhersehbarkeit**

Der Bundesrat hat wider Erwarten entschieden, den Entwurf des Rahmenabkommens mit der Europäischen Union in die Vernehmlassung zu schicken. Die Vernehmlassung dauert bis Ende Monat.

## **Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme**

Dieses Abkommen wird sich bedeutend auf die bilateralen Beziehungen zur Europäischen Union auswirken. Gemäss Avenir Suisse sind damit eine Million Stellen verbunden. Zudem werden sich zahlreiche im Abkommen behandelte Themen, wie beispielsweise die staatlichen Beihilfen, auf die Politik des Kantons Wallis auswirken.

Ende 2018 hat der Bundesrat, anstatt das institutionelle Abkommen zu unterzeichnen, eine breite Vernehmlassung bei Organisationen, Parteien und Kantonsregierungen zu diesem Thema eingeleitet.

Die Delegation für auswärtige Angelegenheiten hat an der interkantonalen Legislativkonferenz am 8. März 2019 in Bern detaillierte Informationen zu diesem Abkommen erhalten.

In diesem Abkommen geht es unter anderem um das Problem der staatlichen Beihilfen. Unser Kanton ist davon betroffen, da er der Walliser Kantonalbank eine Garantie gewährt und einige Wirtschaftsbereiche unterstützt.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich dieses Abkommen künftig auf die politischen Entscheide unseres Parlaments und unserer Regierung auswirken wird.

## **Schlussfolgerung**

In Anbetracht dieser Herausforderungen richten wir folgende Fragen an die Regierung:

1. Wie sieht der derzeitige Standpunkt des Staatsrates zum Rahmenabkommen aus?
2. Wie beurteilt er die Auswirkungen dieses institutionellen Abkommens auf die Politik der Kantone (Exekutive und Legislative)?
3. Plant der Staatsrat, seinen Vernehmlassungsbericht zu diesem Thema zu veröffentlichen?